ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Schmidt, Klaus-Dieter; Fels, Gerhard; Donges, Juergen B.; Walter, Norbert; Giersch, Herbert

Working Paper — Digitized Version

Krise der Weltwirtschaft? Beiträge zu einer Round-Table-Diskussion des Instituts für Weltwirtschaft

Kieler Diskussionsbeiträge, No. 37

Provided in Cooperation with:
Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Schmidt, Klaus-Dieter; Fels, Gerhard; Donges, Juergen B.; Walter, Norbert; Giersch, Herbert (1975) : Krise der Weltwirtschaft? Beiträge zu einer Round-Table-Diskussion des Instituts für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge, No. 37, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/48088

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

KIELER DISKUSSIONSBEITRÄGE

KIEL DISCUSSION PAPERS

37

Krise der Weltwirtschaft?

Beiträge zu einer Round-Table-Diskussion des Instituts für Weltwirtschaft

Klaus-Dieter Schmidt

Inflation und Arbeitslosigkeit

Gerhard Fels

Produktionsstruktur im Umbruch

Juergen B. Donges

Anpassungsvorgänge auf den Rohstoffmärkten und die Lage der Entwicklungsländer

Norbert Walter

Ungleichgewichte in den Zahlungsbilanzen und Funktionsstörungen am internationalen Kapitalmarkt

Herbert Giersch

Schlußbemerkungen

A9 304 75 Weltwirtschaft Kiel

INSTITUT FÜR WELTWIRTSCHAFT KIEL • JANUAR 1975

A9 304 75 Weltwirtschaft Kiel

Inhaltsverzeichnis

Seite

Diplom-Volkswirt Klaus-Dieter Schmidt,
Leiter der Forschungsgruppe "Konjunktur der Bundesrepublik Deutschland":

Inflation und Arbeitslosigkeit 3

Professor Dr. Gerhard Fels,
Leiter der Abteilung "Struktur und Weltwirtschaft":

Produktionsstruktur im Umbruch 9

Dr. Juergen B. Donges,
Leiter der Abteilung "Entwicklungsländer":

Anpassungsvorgänge auf den Rohstoffmärkten und die Lage der Entwicklungsländer 15

Dr. Norbert Walter,
Leiter der Forschungsgruppe "Konjunktur der Welt":

Ungleichgewichte in den Zahlungsbilanzen und Funktionsstörungen am internationalen Kapitalmarkt 23

Professor Dr. Herbert Giersch,
Direktor des Instituts für Weltwirtschaft:

Schlußbemerkungen 31

Klaus-Dieter Schmidt

Inflation und Arbeitslosigkeit

1. Krise der Weltwirtschaft? Vielleicht mag mancher ein solches Leitthema als Ausdruck der Unsicherheit, wenn nicht gar einer gewissen Ratlosigkeit empfinden, die sich unter Wirtschaftsexperten breit zu machen beginnt. Und in der Tat befand man sich bei Prognosen selten zuvor auf so schwankendem Boden, wie das gegenwärtig der Fall ist. Die weltweite Beschleunigung der Inflation, insbesondere die enorme Verteuerung des Mineralöls und der meisten Rohstoffe, die nirgendwo einkommenspolitisch aufgefangen worden ist, die hieraus resultierende Verschärfung der Zahlungsbilanzprobleme und nicht zuletzt die zunehmende Arbeitslosigkeit haben die gewohnten Wegweiser durch die Wirtschaftslandschaft weitgehend obsolet werden lassen. Zu Beginn des Jahres 1975 befinden sich nahezu alle westlichen Industrieländer in einem tiefen Konjunkturabschwung, der sich in den letzten Monaten offensichtlich noch verstärkt hat und der teilweise rezessive Züge trägt, vor allem in den Vereinigten Staaten und in Japan, die zusammen mit der Bundesrepublik Deutschland die Entwicklung der Weltkonjunktur entscheidend bestimmen. Dabei wirkt sich erschwerend aus, daß der Konjunkturabschwung von strukturellen Anpassungsprozessen überlagert wird, wobei sich konjunkturelle und strukturelle Schwächen wechselseitig verstärken.

2. Klammert man das Problem des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts einmal aus, wie es sich in den Zahlungsbilanzdefiziten der meisten Ölverbraucherländer und den Überschüssen der ölproduzierenden Länder sowie einiger weniger Industrieländer zeigt, so kristallisieren sich zwei Krisensymptome heraus, die den augenblicklichen Zustand der Weltwirtschaft kennzeichnen: Die anhaltend hohe Inflation und die zunehmende Arbeitslosigkeit. Wenige Zahlen mögen dies unterstreichen:

   - Inflationsraten zwischen 10 und 20 vH sind heute nichts Außergewöhnliches mehr, sondern durchweg die Norm. Unter den westlichen Industrieländern dürfte die Bundesrepublik Deutschland 1974 praktisch das einzige Land gewesen sein, das eine einstellige Inflationsrate hatte. In den OECD-Ländern stiegen die Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt 1974 um rund 13 vH und damit nahezu doppelt

so stark wie 1973. Diese Zahl verdeckt extreme Unterschiede im einzelnen: An der Spitze lag Japan mit einer Inflationsrate von 25 vH, gefolgt von Italien mit 20 vH und Großbritannien mit fast 17 vH. Am unteren Ende befand sich die Bundesrepublik Deutschland mit einer Inflationsrate von 7 vH mit deutlichem Abstand zu der Schweiz und Österreich mit knapp 10 vH.

- Gleichzeitig sahen sich nahezu alle diese Länder einem spürbaren Rückgang der Beschäftigung gegenüber. Die Arbeitslosigkeit war mit Ausnahme von Japan, das über eine anders geartete Arbeitsmarktverfassung verfügt, merklich höher als 1973. Orientiert man sich an den Arbeitslosenquoten, wie wir sie im Institut für Weltwirtschaft aufgrund eines einheitlichen Meßkonzepts berechnen, um international einigermaßen vergleichbare Daten zu bekommen, so war die Arbeitslosenquote - wiederum im Jahresdurchschnitt - in den Vereinigten Staaten und Kanada mit 5 1/2 vH am höchsten, gefolgt von Großbritannien mit 4 1/2 vH sowie Frankreich und Italien mit 3 1/2 vH. In relativ günstiger Position befand sich auch hier die Bundesrepublik Deutschland mit einer Arbeitslosenquote von 2 1/2 vH, die nur von wenigen Ländern, etwa der Schweiz und Schweden, unterschritten wurde.

3. Gruppiert man die einzelnen hier genannten Länder nach der Höhe der Inflationsrate und der Arbeitslosenquote, so zeigt sich ein für manchen vielleicht verblüffendes Ergebnis: Länder mit hohen Inflationsraten wiesen auch eine hohe Arbeitslosenquote auf, während Länder, denen es gelungen war, die Inflationsrate niedrig zu halten, durchweg auch eine vergleichsweise geringe Unterbeschäftigung zu verzeichnen hatten. Dieses Ergebnis, das freilich noch durch Beobachtungen für andere Länder, vor allem aber durch Beobachtungen über einen längeren Zeitraum hinweg, abgesichert werden muß und das ich daher mit einigen Vorbehalten zur Diskussion stelle, steht in deutlichem Kontrast zu der lange Zeit von der Mehrheit der Nationalökonomen vertretenen und in der wirtschaftspolitischen Diskussion auch heute noch dominierenden Auffassung, wonach Inflation und Arbeitslosigkeit Alternativen seien, zwischen denen man wählen könne. Tatsächlich scheinen beide zusammenzugehören wie der rechte und der linke Schuh.

   Es hat absolut nichts mit Besserwisserei oder gar mit Schadenfreude zu tun, wenn man sich heute in der Bundesrepublik angesichts von fast einer Million Arbeitslosen und einer Preissteigerungsrate von immer noch 6 vH an einen vielzitierten Satz des Bundeskanzlers erinnert, mit

dem er im Herbst 1972 - damals noch in der Rolle des für die Wirtschafts- und Finanzpolitik verantwortlichen Fachministers - im Wahlkampf für Schlagzeilen sorgte, daß nämlich 5 vH Inflation leichter zu ertragen seien als 5 vH Arbeitslosigkeit. Ich hätte mir diese Reminiszenz sicher erspart, wenn nicht kürzlich der Bundeskanzler in einem Interview in der "Zeit"[1] diese Auffassung noch einmal bekräftigt hätte, nicht ohne ausdrücklichen Hinweis an die Adresse der Professoren in den wirtschaftswissenschaftlichen Instituten (die pauschale Etikettierung von Mitarbeitern wissenschaftlicher Forschungseinrichtungen als "Professoren" ist dabei sicher nicht als Auszeichnung gedacht), die in Kürze schon merken würden, wie richtig diese Äußerung gewesen wäre - "richtig nicht nur für 1972, sondern auch für 1975 ein absolut notwendiger Maßstab".

4. Es ist eine bekannte Erfahrung, daß sozialökonomische Theorien, sind sie erst einmal allgemein akzeptiert, an Überzeugungskraft nichts einbüßen, auch wenn sie sich als logisch unhaltbar erwiesen haben und von den Tatsachen widerlegt worden sind. Ihre Auswirkungen auf das gesellschaftliche Leben sind dann nicht selten ziemlich verheerend, wie sich etwa an der "Klassenkampfthese" von Karl Marx demonstrieren ließe, die wahrscheinlich mehr zur Entwicklung eines Klassenbewußtseins beigetragen hat als die sozialen Verhältnisse des neunzehnten Jahrhunderts.

   Ich entsinne mich noch genau, wie während meines Studiums Ende der fünfziger Jahre einige Professoren uns Studenten lehrten, daß eine leichte Inflation von zwei bis drei Prozent im Jahr wohl kein zu hoher Preis sei für einen höheren Beschäftigungsgrad, den man sich dafür einhandeln könne. Ihre wissenschaftliche Fundierung fand diese Auffassung in der Theorie von der sogenannten Phillips-Kurve, mit der man für die meisten Industrieländer den empirischen Nachweis erbracht zu haben glaubte, daß der Beschäftigungsgrad - und ich formuliere es jetzt überpointiert - eine steigende Funktion der Inflation sei. Es gibt nicht wenige Nationalökonomen, die die Auffassung vertreten, daß die Entdeckung der Phillips-Kurve viel zu dem beigetragen hat, was wir heute als Krisensymptome der Weltwirtschaft registrieren, die fortschreitende Inflation und die wachsende Arbeitslosigkeit. Animierte sie doch die Politiker ständig dazu, Beschäftigungsprobleme mit einer Politik des leichten Geldes zu lösen.

---

[1] "Die Zeit", Hamburg, vom 8. November 1974.

5. Die Theorie von der Phillips-Kurve setzte freilich nur den Schlußstein unter eine Entwicklung der Beschäftigungstheorie, die ein Vierteljahrhundert vorher mit der Auseinandersetzung zwischen Keynes und Pigou über die Ursachen der Arbeitslosigkeit begonnen hatte. Keynes war der Auffassung, daß das Beschäftigungsproblem, so wie es sich Anfang der dreißiger Jahre stellte, von der klassischen Theorie, wonach Wettbewerb und Lohnflexibilität hinreichende Bedingungen für ein Vollbeschäftigungsgleichgewicht seien, nicht erklärt werden könne. Keynes sah den entscheidenden Grund vielmehr in einem makroökonomischen Nachfragedefizit als Folge eines Auseinanderklaffens von ex ante-Sparen und ex ante-Investieren.

   Es ist hier nicht der Ort, die Kontroverse zwischen Keynes und Pigou mit allen ihren Konsequenzen für die Entwicklung der Beschäftigungstheorie nachzuzeichnen. Es genügt der Hinweis, daß auch Keynes durchaus "klassisch" argumentierte, indem er die Höhe des Beschäftigungsgrades als abhängig vom Verhältnis zwischen Reallohn und Produktivität ansah. Während Pigou jedoch als Mittel zur Beseitigung von Unterbeschäftigung eine Senkung der Nominallöhne vorschlug, hielt Keynes diesen Weg nicht für gangbar. Nach seiner Auffassung hätte eine Senkung der Nominallöhne negative Wirkungen auf die Konsumneigung und - wahrscheinlich - auch auf die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals. Die für die Beschäftigungszunahme notwendige Reduktion der Reallöhne solle dadurch zustande gebracht werden, daß die Geldpolitik aktiv in den Wirtschaftsablauf eingreift mit dem Ziel "to force up asset prices back up to a level at which investment would be sufficient for full employment at going money wage rates"[1].

   Die Gefahr dieses Rezeptes wurde zu Keynes' Zeiten schon deutlich erkannt, wenn auch vielleicht nicht in seiner ganzen Tragweite, so etwa von Jacob Viner, der 1936 schrieb: "In a world organized in accordance with Keynes' specifications there would be a constant race between the printing press and the business agents of the trade unions, with the problem of unemployment largely solved if the printing press could maintain a constant lead"[2].

---

[1] A. Leihonhufvud, On Keynesian Economics and the Economics of Keynes. A Study in Monetary Theory. New York 1968. S. 344.

[2] J. Viner, Mr. Keynes on the Causes of Unemployment. "The Quarterly Journal of Economics", Cambridge, Mass., Vol. 51 (1936/37), S. 149.

6. Was Viner und mit ihm die meisten Nationalökonomen damals indes nicht voraussahen war, daß die Anwendung dieses Rezeptes auf eine fortwährende Beschleunigung der Inflation hinauslief. Nicht die Inflation hebt den Beschäftigungsgrad, sondern die unerwartete Inflation - also diejenige, an die man sich noch nicht angepaßt oder die man in seinen Dispositionen noch nicht vorweggenommen hat, die also Geldillusion erzeugt: Die Unternehmen rechnen sich Scheingewinne aus, weil sie es noch nicht gelernt haben, ihre Abschreibungen zu Wiederbeschaffungspreisen zu bilanzieren; die Arbeitnehmer freuen sich über hohe Nominallöhne, ohne gleich zu merken, daß die Inflation den Realwert ihrer Löhne wieder senkt. Eine sich beschleunigende, nicht sofort antizipierte Inflation mag kurzfristig den Beschäftigungsgrad heben, eine hohe Inflation tut es, wenn sie erwartet wird, nicht. Das Problem ist das gleiche wie bei einem Drogensüchtigen, der die Dosis ständig erhöhen muß, um die gewünschte Wirkung zu erreichen.

7. Ich glaube, daß diese Überlegungen ganz entscheidend sind für unsere Diagnose hinsichtlich des Zustandes, in dem sich die Weltwirtschaft an der Jahreswende 1974/75 befindet. Nach meiner Auffassung zeigt sich darin das Scheitern einer wirtschaftspolitischen Doktrin, die ein ebenso scharfsinniger wie weitsichtiger Ökonom wie L. Albert Hahn schon vor einem Vierteljahrhundert als "Economics of Illusion" demaskiert hatte.

   Ich sehe dies freilich auch unter einem positiven Aspekt, weil ich die Hoffnung habe, daß man aus Fehlern der Vergangenheit lernt. Insofern gehöre ich nicht zu den Pessimisten unter den Ökonomen, die die Auffassung vertreten, daß die Krise der Weltwirtschaft, deren Symptome wir unzweideutig erkennen, auch in eine Weltwirtschaftskrise münden muß. Hierzu ist es allerdings erforderlich, daß es den großen Industrienationen gelingt, aus dem Teufelskreis immer höherer Inflationsraten und wachsender Arbeitslosigkeit herauszufinden, was wiederum nur möglich sein wird, wenn wir nach neuen Rezepten Ausschau halten, mit denen wir Arbeitslosigkeit und Inflation gleichzeitig bekämpfen können, und nicht wie bisher versuchen, das eine auf Kosten des anderen zu erreichen.

   - Der traditionelle Weg, die Beschäftigungslage über eine Erhöhung des Geldangebots zu verbessern, hat heute keine Chancen mehr; allenfalls brächte er uns einige Jahre Aufschub, doch stellten sich früher oder später die gleichen Probleme in verschärfter Form wieder ein.

- Nicht minder problematisch scheint mir der andere Weg zu sein, die Inflation mit einer Verschärfung der monetären Dezeleration, und das kann nur heißen mittels verstärkter Arbeitslosigkeit, zu bekämpfen. Fast alle westlichen Industrieländer - das wird in der öffentlichen Diskussion häufig übersehen - haben 1974 eine Politik betrieben, die den Prozeß der Geldvermehrung weitgehend unter Kontrolle gebracht hat: Mit Ausnahme von Italien und Japan lag die Zuwachsrate des Geldvolumens im engeren Sinne (M_1) 1974 überall bei oder unter 10 vH. Dies hebt sich deutlich ab von der Entwicklung in den Jahren 1970 - 1973, als die Expansionsrate im Schnitt fast doppelt so hoch war. Eine weitere Verschärfung dieses Kurses müßte wegen der bestehenden Rigiditäten im Marktsystem, die eine rasche Rückkehr zur Geldwertstabilität ausschließen, zu einer Verschärfung des Konjunkturabschwungs führen, mit allen seinen wirtschaftlichen und politischen Folgen.

- Was bleibt, ist ein sehr schmaler Grat, der zwischen diesen beiden Wegen hindurchführt. Aussichtsreich scheint mir heute nur noch eine Strategie, die die traditionellen Elemente der Stabilisierungspolitik - vorrangig zu denken ist hier an die Geldpolitik - verbindet mit neuen Ansätzen in der Einkommenspolitik. Dabei muß wieder ins Bild gerückt werden, daß über den Beschäftigungsgrad letztlich das Verhältnis von Reallohn zu Produktivität entscheidet und daß eine Lohnpolitik, die diesen Zusammenhang beachtet, den Arbeitnehmern mehr Vorteile als Nachteile bringt, besonders in der gegenwärtigen Situation, aber auch auf längere Sicht.

Gerhard Fels

Produktionsstruktur im Umbruch

1. Die Rezession, in der sich die meisten Volkswirtschaften seit 1974 befinden, ist mit sektoralen Krisenerscheinungen verbunden wie selten ein früherer Konjunkturabschwung. Das Wort von der Strukturkrise macht die Runde. Aber zu unterscheiden, was "Konjunktur" und was "Struktur" ist, bereitet selbst dem geübten Auge Schwierigkeiten. Dennoch wird man kaum auf Widerspruch stoßen, wenn man die Absatzschwierigkeiten, von denen vor allem die Bauwirtschaft, die Automobilindustrie und eine Reihe von Verbrauchsgüterindustrien gegenwärtig betroffen sind, als strukturelle Schwierigkeiten anspricht, zu denen die allgemeine Konjunkturschwäche hinzukommt.

2. Was begründet eigentlich die Vermutung, daß wir es auch oder überwiegend mit einer Strukturkrise zu tun haben, daß also eine Reorganisation des gesamtwirtschaftlichen Produktionsprogramms notwendig ist, bevor Wachstumsrate und Beschäftigungsstand wieder ein Niveau erreichen, das allgemein als befriedigend angesehen wird? Da ist zunächst die Beobachtung, daß die Problembereiche in fast allen Industrieländern mehr oder weniger die gleichen sind. Dies könnte zwar mit der fast überall betriebenen Hochzinspolitik und der allgemeinen Einkommensunsicherheit zusammenhängen. Aber andere Bereiche, die bisher als besonders konjunkturempfindlich angesehen wurden, wie der Grundstoff- und Produktionsgüterbereich und die Investitionsgüterindustrien, haben sich bisher ganz gut über die Runden bringen können. Auch ein Vergleich mit der Rezession von 1967 stützt die strukturelle These. Damals gab es ebenfalls Strukturwandel, der sich jedoch mehr innerhalb der Branchen und Unternehmen abspielte; dieser intra-industrielle Strukturwandel veränderte das Branchengefüge nur wenig und ermöglichte erhebliche Produktivitätsfortschritte im nachfolgenden Aufschwung. Diesmal haben wir es vielmehr mit inter-industriellem Strukturwandel zu tun, der mühsamer zu bewältigen ist. Denn es müssen Branchenbarrieren überwunden werden, was erhebliche Anforderungen an die Mobilität von Unternehmen und Arbeitskräften stellt.

3. Die Frage taucht natürlich auf, ob der Niedergang von Schlüsselindustrien wie der Bauwirtschaft und der Automobilindustrie überhaupt

durch Strukturwandel kompensiert und aufgefangen werden kann oder ob dieser Niedergang nicht der Beginn einer längerfristigen Stagnationsperiode ist. Als Grundlage dieses Wachstumspessimismus wird häufig eine Theorie herangezogen, die behauptet, daß die kapitalistischen Wirtschaftssysteme sich in Schüben oder langen Wellen entwickeln und daß wir jetzt gerade ein Wellental vor uns haben, nachdem der längerfristige Aufschwung, der in der Nachkriegszeit begann, Ende der sechziger oder Anfang der siebziger Jahre seinen Höhepunkt überschritten hat. Diese Zyklentheorie der wirtschaftlichen Entwicklung wurde in den zwanziger Jahren von dem russischen Forscher Kondratieff entwickelt und später von Schumpeter ausgebaut, wobei die statistischen Daten bis zum Anfang der industriellen Revolution zurückreichten. Demnach gab es - die industrielle Revolution, die der erste Kondratieff-Zyklus beschreibt, eingeschlossen - bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges drei solcher Zyklen mit Aufschwungs- und Abschwungsjahren von jeweils fünfundzwanzig- bis dreißigjähriger Dauer. Die Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre und die sich daran anschließende Stagnation werden als Tiefpunkt eines solchen langen Zyklus begriffen. Als Triebkräfte des Aufschwungs nennt Schumpeter schubweise auftretende technologische Neuerungen, wie die Dampfmaschine und den mechanischen Webstuhl zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts, den Eisenbahnbau und die Dampfschiffahrt in der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts und Elektrizität und Kohlechemie zu Beginn dieses Jahrhunderts. Die Abschwungsphasen werden eingeleitet, wenn der Vorrat an wirtschaftlich verwertbaren Erfindungen erschöpft ist, die Innovationsaktivität erlahmt und profitable Investitionschancen sich nicht mehr bieten. Zeitweise unterbrochen durch konjunkturelle Zwischenhochs beginnt dann der Abstieg, soziale Spannungen im Innern und Protektionismus nach außen gewinnen an Boden, politische Umstürze, manchmal auch Kriege sind die Folge.

4. Ich will es mir ersparen, die Theorie der langen Wellen weiter historisch auszumalen. Das Faszinierende an ihr ist jedoch, daß sie die wirtschaftliche Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg recht gut erklärt, obwohl sie formuliert war, bevor der Nachkriegsaufschwung begann. Dieser scheint ebenfalls fünfundzwanzig bis dreißig Jahre gedauert zu haben (eine Datierung auf ein Jahr genau ist schwierig, weil die langen Wellen von den vier- bis fünfjährigen Konjunkturzyklen überlagert werden). Der Aufschwung war überwiegend getragen vom Wiederaufbau nach dem Kriege und, in sektoraler Hinsicht, von der Petrochemie, der Elektronik, der Automatisierung und dem Massenverkehr

auf der Straße und in der Luft. Nachdem nun wiederum Stagnations- und Krisentendenzen auftauchen, drängt sich die Frage auf, ob dem kapitalistischen System, wie schon dreimal zuvor, eine Abschwungsphase bevorsteht, die aus den inneren Bewegungsgesetzen dieses Systems resultiert.

5. Kaum jemand wird auf eine solche Frage eine definitive Antwort wissen. Freilich kann man für das, was wir jetzt an strukturellen Krisen erleben, auch einfachere Erklärungen finden, die ein weniger apokalyptisches Zukunftsbild vermitteln. Die Ursachen des strukturellen Umbruchs, von dem man noch nicht weiß, mit welchen Reibungsverlusten er noch verbunden sein wird, liegen im nationalen wie im internationalen Bereich. Was die inländischen Ursachen anlangt, so zeigt sich in der Bundesrepublik wie in anderen Industrieländern eine säkulare Strukturverschiebung, nicht nur zwischen Landwirtschaft und gewerblicher Wirtschaft, sondern auch innerhalb der gewerblichen Wirtschaft vom sogenannten Sekundärsektor, in dem die Industrie und industrienahe Bereiche wie die Bauwirtschaft dominieren, hin zum sogenannten Tertiärsektor, der durch Dienstleistungen aller Art geprägt ist. Von einem bestimmten Niveau des Pro-Kopf-Einkommens an nehmen die Wertschöpfungs- und Beschäftigtenanteile des Industriesektors (oder der Industrialisierungsgrad) ab, und ein immer größerer Teil des Sozialprodukts entsteht im Dienstleistungssektor.

6. Das ist eine allgemein bekannte Tendenz und auch gar nicht aufregend, wenn sie sich unbehindert und allmählich durchsetzen kann. Gerade das ist in der Vergangenheit in der Bundesrepublik nicht der Fall gewesen. Hier hat sich die Tendenz zum Rückgang des Industrieanteils viel später, erst bei einem viel höheren Pro-Kopf-Einkommen durchgesetzt als in anderen Ländern; genaugenommen sinkt der Industrialisierungsgrad erst seit 1970. Bis dahin waren die Bedingungen für das Industriewachstum im westdeutschen Raum vergleichsweise günstig, insbesondere konnte sich die exportorientierte Industrie bei dem im internationalen Vergleich gemäßigten Lohnanstieg und einem festen Wechselkurs gut entfalten. Der Kapitalexport und die Tendenz zur Produktionsverlagerung ins Ausland blieben auch aus diesem Grund gering; die Bundesrepublik erwies sich vielmehr selbst als ein attraktiver Standort für ausländische Industrieinvestitionen. Die Importe aus Niedrig-Lohn-Ländern erreichten längst nicht die Anteile an den Gesamtimporten wie in anderen Industrieländern.

7. Obwohl die Bundesrepublik auch heute noch ein vergleichsweise günstiger Industriestandort ist, so ist doch der Vorteil, der auf der Lohnentwicklung und dem Wechselkurs beruhte, weitgehend weggefallen. Der Außenwert der deutschen Löhne ist drastisch gestiegen, eine Reihe von arbeitsintensiven Branchen spürt die Importkonkurrenz, insbesondere aus Niedrig-Lohn-Ländern wie Asien, Osteuropa und Lateinamerika. Hinzu kommen Sättigungserscheinungen im Wohnungsbau und offenbar auch bei Automobilen. All dies zusammen hat den Industrialisierungsgrad der Bundesrepublik von über 42 vH im Jahre 1970 auf unter 40 vH absinken lassen und war mit einem Rückgang der Nettoinvestitionsquote und der Wachstumsrate des Produktionspotentials verbunden. Das sind Entwicklungen, die sich nicht erst seit 1973, sondern bereits seit 1970 abzeichnen und die selbst durch den Konjunkturaufschwung von 1972/73 nicht unterbrochen worden sind.

8. Wie erwähnt, hat der strukturelle Umbruch auch weltwirtschaftliche Ursachen, seit kurzem und seit längerem wirkende. Die Verteuerung des Erdöls und der sonstigen Rohstoffe zählt dabei zu den neueren Entwicklungen. Die sich abschwächende Automobilnachfrage wurde 1973 dadurch zusätzlich gedämpft, auch eine Reihe anderer Branchen kam in die Kostenklemme. Die sektoralen Auswirkungen der Ölverteuerung sind gegenwärtig noch nicht ganz übersehbar, weil auch die zusätzliche Exportnachfrage der Öl- und Rohstoffländer und neue Innovations- und Investitionschancen im Öl- und Rohstoffsektor in Betracht gezogen werden müssen.

9. Eine schon länger wirkende Ursache des Strukturwandels sind die Industrialisierungsbestrebungen der weniger entwickelten Länder. So haben die Absatzschwierigkeiten der Textil-, Bekleidungs-, Leder- und Schuhindustrie sowie von Teilen der Elektro- und Metallwarenindustrie auch damit zu tun, daß das Exportpotential der Entwicklungsländer in der Vergangenheit kräftig erweitert worden ist. Auf diesem Gebiet, der zunehmenden weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung mit Industriegütern, liegt eine Ursache für permanenten inter-industriellen Strukturwandel, aber auch eine Chance, die Stagnation zu überwinden, und zwar durch Spezialisierung und Konzentration auf die Produkte, die die armen wie die reichen Entwicklungsländer für ihre Industrialisierung benötigen.

Bibliothek des Instituts
für Weltwirtschaft Kiel

10. Die Intensivierung der internationalen Arbeitsteilung kann einer längerfristigen Abschwungsphase, die uns nach der Kondratieff-Theorie bevorstehen soll, entgegenwirken. Dabei hat diese Intensivierung zwei Dimensionen, auf die ich zum Schluß noch kurz eingehen möchte. Einmal wird der Außenhandel zwischen den Industrieländern heute zu einem großen Teil durch forschungs- und entwicklungsintensive Güter bestimmt. Es handelt sich um einen Wettbewerb mit Produkt- und Verfahrensinnovationen, um einen Wettbewerb der Forschungszentren. Solange dieser Wettbewerb wirksam bleibt, d.h. nicht durch neue protektionistische Regelungen ausgeschaltet wird, steht nicht zu befürchten, daß die Innovationsanreize - wie in früheren Kondratieff-Abschwüngen - fehlen. Dies gilt um so mehr, als das Energieproblem und die Aufgaben des Umweltschutzes eine neue Herausforderung an Forschung und Technik darstellen.

11. Zum anderen bietet eine Intensivierung der Arbeitsteilung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern Chancen für die Entwicklung und den Verkauf von Technologien, die diese Länder für ihre Industrialisierung benötigen. Wenn die Entwicklungsländer ihre Beschäftigungsprobleme lösen wollen, werden das jedoch arbeitsintensivere und einfachere Technologien sein müssen, als es die Technologien sind, die heute bei uns Anwendung finden.

12. Vorbedingung der neuen weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung ist jedoch die verstärkte Bereitschaft zum Strukturwandel - Strukturwandel, durch den im Bereich von arbeitsintensiven und rohstoffintensiven Industriewaren Märkte zugunsten der Entwicklungsländer geräumt werden. Es geht dabei schlicht und einfach darum, daß ein hochentwickeltes Industrieland wie die Bundesrepublik die Produktivkräfte in der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung besser zum Einsatz bringt, mit denen es reichlich ausgestattet ist: das hohe Ausbildungsniveau der Arbeitskräfte, das Verkehrs- und Kommunikationssystem und die Fähigkeit, neue Techniken zu entwickeln und einzusetzen.

13. Was folgt aus alledem für die Wirtschaftspolitik heute und morgen? Ich möchte hierzu, bevor ich schließe, auf drei Punkte eingehen:

    Erstens stellt sich die Frage, ob die vor kurzem beschlossenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit der Situation adäquat sind. Ich möchte dem folgendes hinzufügen: Die Diagnose, daß wir es nicht nur mit einem Konjunkturabschwung, sondern auch mit einem strukturellen Umbruch zu tun haben, impliziert, daß diesen Maßnahmen

allenfalls ein Teilerfolg beschieden sein kann. Denn es sind im wesentlichen globale Maßnahmen eingeleitet worden. Die strukturellen Schwächen können dadurch nicht behoben werden, auch wenn die Konjunktur sich wieder normalisiert hat. Wer ohnehin keine Investitionen plant, weil er sich enger werdenden Märkten oder einem übermächtigen Wettbewerb gegenübersieht, wird sich auch durch Investitionsprämien nicht aus der Reserve locken lassen. Und die Arbeitsplätze, die in den Krisensektoren verloren gingen, können nicht wieder besetzt werden, sondern müssen erst sonstwo geschaffen werden, bevor die Arbeitslosigkeit wieder auf das alte Niveau herabsinken kann. So gesehen steht eine Durststrecke bevor, die auch dann noch nicht überwunden sein wird, wenn Gesamtnachfrage, Kostenniveau, Preisniveau und Wechselkurse wieder besser zueinander passen.

Zweitens eine Warnung: Staatliche Versuche, den in strukturellen Schwierigkeiten steckenden Bereichen gezielt wieder auf die Beine zu helfen, fördern den notwendigen Strukturwandel nicht, sondern hemmen ihn. Gezielte Maßnahmen zugunsten der strukturschwachen Branchen könnten bewirken, daß die zum Teil schmerzhaften Anpassungsprozesse, die diese Branchen schon größtenteils hinter sich gebracht haben, wieder rückgängig gemacht werden. Worauf es vielmehr ankommt, ist, den Arbeitskräften und Investoren den Übergang von strukturschwachen in strukturstarke, d.h. zukunftssichere, Branchen zu erleichtern.

Damit komme ich zum dritten und letzten Punkt. Verstärkte Bereitschaft zum Strukturwandel erfordert von staatlicher Seite verstärkte Mobilitätsförderung in sektoraler, regionaler und beruflicher Hinsicht. Nach diesen Prinzipien wäre die gesamte Strukturpolitik neu zu ordnen, und zwar finanziell gesehen zu Lasten des gegenwärtigen Systems der Erhaltungssubventionen. Dadurch ließe sich vermeiden, daß es wieder zu einem Rückstau im Strukturwandel kommt, der dann im nächsten Konjunkturabschwung zu Branchenkrisen führt. Aber auch die gegenwärtigen Schwierigkeiten lassen sich nur mit Hilfe einer neukonzipierten Strukturpolitik überwinden. Die im jetzt eingeleiteten Konjunkturprogramm vorgesehenen 100 Mill. DM reichen dazu nicht aus. Im Gespräch ist inzwischen schon ein zweites Konjunkturprogramm. Was die Stunde erfordert, ist aber ein Strukturprogramm, das die beschlossenen konjunkturpolitischen Maßnahmen wirksam ergänzt und das unsere Wirtschaftsstruktur den veränderten weltwirtschaftlichen Daten und Entwicklungstendenzen anpaßt.

Juergen B. Donges

Anpassungsvorgänge auf den Rohstoffmärkten und die Lage der Entwicklungsländer

1. Von 1972 bis Mitte 1974 standen die internationalen Rohstoffmärkte im Zeichen einer Preishausse, die in ihrem Ausmaß selbst den Korea-Boom in den Schatten stellt. Im Verlauf des Jahres 1972 stiegen die Rohstoffpreise durchschnittlich um 10 vH, im Jahre 1973 dann (mit kräftiger Unterstützung von OPEC) um 80 vH und von Januar bis Mai 1974, dem Höhepunkt der Hausse, um weitere 38 vH. Die Entwicklungsländer glauben, von dieser Preishausse profitiert zu haben. Da Rohstoffe in ihrem Exportsortiment dominieren, expandierten die Ausfuhrerlöse - auch die der Nichtölländer - sehr kräftig und ließen erstmals wieder seit den fünfziger Jahren den Anteil dieser Ländergruppe am Welthandel ansteigen. Die Länder der Dritten Welt fühlen sich jetzt stark genug, die etablierte Welthandelsordnung, durch die sie sich einkommensmäßig benachteiligt fühlten, zu ihren Gunsten zu verändern. Der Rohstoffbereich soll, wie die von der UN-Vollversammlung am 12. Dezember 1974 verabschiedete "Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten" zeigt, der Hebel hierfür sein.

2. Angekündigt wird dort u.a. die Absicht, daß durch die Bildung von Produzentenkartellen Rohstoffpreise hochgehalten und daß durch Indexierung dieser Preise ein, wie es heißt, gerechtes Verhältnis zwischen Import- und Exportpreisen sichergestellt werden soll. Das Verhalten der Entwicklungsländer mag psychologisch verständlich sein. Rational ist es nicht, stellt man den ölpreisbedingten Bedarf an umfassenden Anpassungsprozessen in diesen Ländern in Rechnung. Erfolgversprechend ist das aggressiv anmutende Verhalten der Entwicklungsländer auch nicht, weil es offensichtlich auf einer Fehleinschätzung der tatsächlichen Marktstärke dieser Länder beruht.

3. Die starke Verteuerung des Erdöls erfordert, weil sie die Preisstruktur abrupt verzerrt hat, Anpassungsprozesse in den Entwicklungsländern, die nicht überall wachstums- und beschäftigungsneutral bewältigt werden können. Wir wissen, daß in Entwicklungsländern das Tempo wirtschaftlichen Wachstums und auch der realisierbare Beschäftigungsgrad (bei gegebenem technischen Fortschritt und gegebener Rate des

Bevölkerungswachstums) entscheidend von der sog. Importkapazität bestimmt werden. Diese Importkapazität ist durch die drastische Ölverteuerung fürs erste erheblich eingeschränkt worden: Insgesamt müssen die Nichtölländer im Jahre 1974: 15 Mrd. US-$ für die Einfuhr von Erdöl aufwenden, also fast 10 Mrd. mehr als 1973 und über 11 Mrd. mehr als 1972. Der negative Effekt auf die Importkapazität drückt sich darin aus, daß 1974 rund 20 vH der Exporterlöse zur Finanzierung des Ölimportbedarfs benötigt werden und für andere Zwecke infolgedessen nicht mehr zur Verfügung stehen; 1973 wurden nur 8 vH beansprucht. Zu den genannten 10 Mrd. US-$ kommen noch weitere 5 Mrd. US-$, die die Nichtölländer für essentielle Importe, nämlich Getreide und Düngemittel, zusätzlich im Jahre 1974 aufwenden müssen. Damit übersteigt der zusätzliche Devisenbedarf bei weitem den Umfang der von den Industrieländern gewährten Entwicklungshilfe. 1974 werden die Nichtölländer ein Handelsbilanzdefizit von fast 20 Mrd. US-$ haben.

3. Natürlich hat sich nicht in allen Entwicklungsländern die Importkapazität drastisch verringert:

   a) Länder, deren Selbstversorgungsgrad mit Erdöl relativ hoch ist und/oder die als Anbieter anderer Rohstoffe von der allgemeinen Preishausse profitierten, konnten die durch die Ölverteuerung aufgerissene Finanzierungslücke wenigstens teilweise wieder schließen. Beispiele liefern Kolumbien und Mexiko, die erdölautark sind, sowie die wichtigen Rohstoffexporteure Bolivien (Zinn), Chile (Kupfer), Jamaika (Bauxit), Malaysia (Naturkautschuk und Zinn), Marokko (Phosphate), Peru (Kupfer und Fischmehl), Sambia (Kupfer), Tunesien (Phosphate) und Zaire (Kupfer). Diese Länder können vermutlich auch bis 1980 ihre Ausfuhrerlöse steigern, jedenfalls wenn die bei den genannten Rohstoffen erwarteten Preissteigerungen eintreten. Wenn gleichzeitig der Erdölpreis wieder etwas nachgibt, zum Beispiel auf das Niveau von Anfang 1974 (US-$ 8,65 je Faß) oder sogar auf US-$ 7 (dem nächsthöheren Kostenpreis von Substitutionsöl, das aus Ölschiefern oder Teersänden gewonnen werden kann) sinkt, sind die Wachstumsaussichten für diese Länder (unter sonst gleichbleibenden Bedingungen) alles in allem recht günstig und werden im Einklang mit den Zielen der Zweiten Entwicklungsdekade (jahresdurchschnittliche Zuwachsraten von 6 vH und 3,5 vH für das reale Bruttosozialprodukt bzw. das Pro-Kopf-Einkommen) stehen. Die Terms of Trade werden sich bis 1980 gegenüber 1973 nicht verschlechtert haben.

b) In einer ähnlichen Lage, wenn auch mit sich leicht verschlechternden Terms of Trade konfrontiert, befinden sich jene Entwicklungsländer, die industriell schon weiter fortgeschritten sind und in den vergangenen zehn Jahren das Exportsortiment zunehmend um Halb- und Fertigwaren erweitert haben. Zu dieser Gruppe gehören insbesondere Brasilien, Israel, Jugoslawien, die Philippinen, Spanien, Südkorea und Taiwan. Sie sollten, wie auch die Stadtstaaten Hongkong und Singapur, in der Lage sein, ohne Wachstumseinbußen die negativen Rohstoffpreiseffekte auf die Importkapazität zu neutralisieren. Die Entwicklungsaussichten werden hier eher durch den Umstand getrübt, daß diese Volkswirtschaften schon recht stark in das System der internationalen Arbeitsteilung integriert sind und daß infolgedessen eine Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstumstempos in den Industrieländern, wie sie allenthalben für die kommenden Jahre prognostiziert wird, auch die Expansion der Halb- und Fertigwarenausfuhr aus den genannten Entwicklungsländern nachhaltig bremst (erst recht natürlich, wenn die Industrieländer aus zahlungsbilanzpolitischen Gründen die Einfuhr von Gütern erschweren).

c) Am schwierigsten sind die Anpassungsprobleme bei etwa 40 Ländern in Südasien (Bangladesch, Indien, Pakistan und Sri Lanka), in Afrika (Sahel-Zone) und in Mittelamerika, wo das jährliche Pro-Kopf-Einkommen sehr niedrig (unter 200 US-$), die Importabhängigkeit sehr hoch und die Exportstruktur von einem oder zwei Primärgütern geprägt ist, die sich einer sehr preis- und einkommensunelastischen Weltnachfrage gegenübersehen. Auf diese Länder, in denen rund 1 Mrd. Menschen leben, entfallen von dem auf 10 Mrd. US-$ bezifferten ölpreisbedingten Devisenmehrbedarf 3 Mrd. US-$. Hinzu kommen die kräftigen Preissteigerungen bei Getreide, Düngemitteln und anderen Rohstoffen (von Fertigwaren ganz zu schweigen), die aus dem Ausland bezogen werden müssen. Die Exporterlöse lassen sich nach Lage der Dinge auch nicht annähernd in dem Maße steigern, wie es notwendig wäre, um die Importkapazität wieder auszuweiten. Daß das Problem durch massive Kapitalzufuhr gelöst werden kann, ist sehr ungewiß: Benötigt werden nach Schätzungen der Weltbank, soll das Pro-Kopf-Einkommen wenigstens um 2 vH per annum steigen, 7 Mrd. US-$ in 1975 und dann bis 1980 jährlich 10 Mrd. - 12 Mrd. US-$ (in 1974er Preisen). Bleibt die Kapitalzufuhr darunter, so müssen wachstumsnotwendige Importe drastisch eingeschränkt werden, wie es schon jetzt hier und dort (z.B. in Indien) geschieht. Diese Länder werden die Wachstumsziele der

zweiten Entwicklungsdekade mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht erreichen. Es muß sogar befürchtet werden, daß das reale Pro-Kopf-Einkommen bis 1980 sinkt.

4. Läßt sich der Anpassungsdruck durch die von den Entwicklungsländern angestrebte Bildung von Rohstoffkartellen, mit denen Rohstoffpreise hoch gehalten werden sollen, mildern? Entgegen der verbreiteten Auffassung in der Öffentlichkeit - auch bei uns - halte ich die Wahrscheinlichkeit dafür, daß künftig die internationalen Rohstoffmärkte zunehmend von Produzentenkartellen aus Entwicklungsländern beherrscht werden können, für äußerst gering.

5. Damit Entwicklungsländer erfolgreich Produzentenkartelle bilden können, sind erforderlich:

   - ein hoher Anteil an den Weltexporten, aber auch an der Weltproduktion und, bei nicht-regenerierbaren Rohstoffen, an den Weltvorkommen;
   - eine preisunelastische Weltnachfrage für die betreffenden Rohstoffe;
   - ein preisunelastisches Rohstoffangebot von Außenseitern;
   - ein großer Vorsprung in den Produktionskosten gegenüber Substitutionserzeugnissen;
   - Homogenität der politischen und wirtschaftlichen Interessen der Kartellmitglieder und
   - eine geringe Verwundbarkeit gegenüber Retorsionsmaßnahmen seitens der betroffenen Verbraucherländer.

6. Diese Erfolgsbedingungen sind nur im Falle von OPEC erfüllt, und auch dies kann sich bald ändern, wenn bei einer Lösung des Nahostproblems die politische Motivation versiegt und die jetzt schon zu beobachtende Heterogenität der wirtschaftlichen Interessen (Indonesien, Iran, Nigerien, Algerien, die ihre Länder forciert industrialisieren wollen, versus Saudi-Arabien, Kuwait und Vereinte Arabische Emirate, die wegen der auch mittelfristig begrenzten Absorptionsfähigkeit der Devisenüberschüsse besonders an wertbeständigen und gutrentierlichen Anlagemöglichkeiten interessiert sind) wieder stärkeres Gewicht erlangt. Offene oder verschleierte Preisunterbietungen könnten dann das Kartell sprengen. Im übrigen sind die arabischen Erdölländer insofern verwundbar, als sie ein Nahrungsmitteldefizit von jährlich 5 Mill. - 7 Mill. t Getreide haben, das sie praktisch nur durch Importe aus den Vereinigten Staaten und Kanada schließen können.

7. Bei allen anderen Rohstoffen, für die Entwicklungsländer wichtige Anbieter auf dem Weltmarkt sind, sind die Erfolgsbedingungen für Kartellabsprachen schon jetzt nicht gegeben.

   a) Das trifft ganz sicher auf tropische Ernährungsgüter und landwirtschaftliche Rohstoffe zu. Entweder ist die Anzahl von Anbietern sehr groß (Kaffee, Rohrzucker), oder die zur Abstützung des Preiskartells notwendigen Exportquoten können ohne die Mitwirkung der Verbraucherländer nicht eingehalten bzw. durchgesetzt werden (Kaffee, Kakao), oder die Konkurrenz durch synthetische Produkte ist sehr intensiv (Naturkautschuk, Fasern).

   b) Bei mineralischen Rohstoffen sind Nachfrage und Angebot zwar kurzfristig relativ preisunelastisch, nicht jedoch langfristig.

      - Versuche, durch Kartellabsprachen die Rohstoffpreise über ihrem Gleichgewichtsniveau zu fixieren, werden Außenseiter auf den Plan rufen, die Verbraucherländer veranlassen, auf andere Rohstoffe auszuweichen (z. B. von Kupfer auf Aluminium, von Kobalt auf Nickel) und/oder ihre Eigenproduktion zu steigern (auch um den Preis erhöhter Kosten), und sie werden ganz allgemein den rohstoffsparenden technischen Fortschritt und die Entwicklung von Ersatzwerkstoffen stimulieren, ganz zu schweigen vom Meeresbergbau, wo nach den neuesten Schätzungen die Vorräte an Kupfer, Kobalt, Mangan und Nickel größer sind als alle zur Zeit bekannten terrestrischen Lagerstätten.

      - Die Möglichkeiten, die das sog. Rohstoffrecycling, also die Wiederverwendung von Abfallprodukten bietet (insbesondere bei Kupfer), der Umstand, daß einige Metalle (z. B. Mangan, Kobalt) als Kuppelprodukte entstehen und sich infolgedessen für eine Begrenzung von Absatzmengen nicht eignen, sowie die in einigen Verbraucherländern aus strategischen Gründen aufgebauten Reserven (z. B. für Zinn in den Vereinigten Staaten) stellen weitere Faktoren dar, die einer erfolgreichen Kartellbildung entgegenwirken.

      - Hinzu kommt die Heterogenität der Interessen. Nur in Ausnahmefällen werden nach meinem Dafürhalten die führenden Produktions- und Exportländer gleiche wirtschaftliche und politische Ziele verfolgen: Einem Preiskartell für Chrom müßten Südafrika, Rhodesien, die Türkei, die Philippinen und die Sowjetunion angehören. Bei Kobalt dürfte ein Preiskartell nicht auf Zaire und Sambia, die führenden Anbieter auf dem Weltmarkt, beschränkt

bleiben, sondern müßte Kanada und Australien einschließen, wo sehr umfangreiche Vorkommen liegen, deren Erschließung bei einem hohen Preis rentabel wird. Bei Manganerz, für dessen Verwendung als Input in der Stahlproduktion es noch verhältnismäßig wenig Substitutionsmöglichkeiten gibt, müßten die Interessen von Südafrika, Brasilien, Gabun und Indien (wahrscheinlich auch die der Sowjetunion) harmonisiert werden können. Dieses Unterfangen ist schwierig genug, wie auch im Falle von Wolfram (Kanada, Bolivien, Peru, Australien, Thailand) und Blei (Kanada, Australien, Peru und Mexiko). Die besten Aussichten scheinen noch für Bauxit, Kupfer, Zinn und Phosphat zu bestehen, deren Weltexport von Entwicklungsländern dominiert wird. Während die führenden Phosphatexporteure (Marokko, Tunesien, Spanisch Sahara, Senegal und Togo) gegenwärtig über die Bildung eines Preiskartells verhandeln, sind bei den drei genannten NE-Metallen die jeweiligen Entwicklungsländer bereits formal in Produzentenorganisationen zusammengeschlossen. Doch hat es sich bezeichnenderweise auch nach Beendigung des jüngsten Nachfragebooms als unmöglich erwiesen, eine gemeinsame Preis- und Angebotspolitik zu vereinbaren. Die Entwicklungsländer erzielen nun einmal den größten Teil ihrer aus entwicklungspolitischen Gründen benötigten Devisen durch den Export dieser Rohstoffe, so daß die gesamtwirtschaftlichen Kosten einer künstlichen Angebotsbeschränkung auf die Dauer hoch wären.

8. Aus ähnlichen Gründen halte ich die von den Entwicklungsländern geforderte Koppelung der Rohstoffpreise mit den Preisen maßgeblicher Importgüter aus Industrieländern für wenig aussichtsreich. Abgesehen von den enormen technischen Problemen der Indexierung, an denen sich Interessengegensätze bald offenbaren werden, gilt es, die ökonomischen Folgen für die Entwicklungsländer selbst zu erkennen: Ist die Angebotselastizität für den jeweiligen Rohstoff hoch (was zumindest langfristig der Fall ist), so wirkt die Indexierung auf eine weltweite Ausweitung der Produktion hin, die leicht größer sein kann als die Bedarfsexpansion. Die entstehenden Angebotsüberschüsse auf dem Weltmarkt drücken den Preis. Wird dies durch flankierende Maßnahmen vermieden (z.B. durch Exportsteuern in den Produktionsländern oder/und Abnahmegarantien der Verbraucherländer), so werden in den rohstoffreichen Ländern die Neigung zur horizontalen Diversifizierung der Rohstoffproduktion gedämpft und die Anreize zur Verarbeitung der Rohstoffe beseitigt. Rohstoffarme bzw. rohstoffimportabhängige Entwicklungsländer hätten das Nachsehen: Sie müßten nicht nur steigende Importpreise für Fertigwaren tragen, sondern

auch die höheren Importpreise der indexierten Rohstoffe, so daß das wirtschaftliche Wachstum schneller als sonst auf den Zahlungsbilanzengpaß stößt. Werden die betroffenen Entwicklungsländer das hinnehmen wollen?

9. Auch wenn langfristig gesehen die Erfolgsaussichten für Kartellbildungen und Indexierungen von Rohstoffpreisen ungünstig sind, könnten Entwicklungsländer es dennoch versuchen, zumindest bei solchen Rohstoffen, bei denen einige von ihnen führende Anbieter auf dem Weltmarkt sind, und wenigstens für den Zeitraum, in dem die Substitutionskonkurrenz noch nicht wirksam ist. Kommt es, etwa unter dem Druck der Öffentlichkeit, zu solchen Versuchen, so hätte dies gravierende Konsequenzen für die Welt als Ganzes: Dazu zählen Fehlallokationen von Investitionen, die sich in mehr oder weniger irreversiblen Prozessen des Abbaus kostenungünstigerer Rohstoffvorkommen in politisch gesicherter erscheinenden Regionen niederschlagen würden, sowie die Gefahr einer allgemeinen Dämpfung der Investitionsneigung im Rohstoffbereich der Dritten Welt und damit Verzögerungen in der Kapazitätsausweitung. Auch könnten Abnehmerländer, die seit dem ersten Bericht des Club of Rome sowieso schon von Knappheitspsychosen ergriffen sind (die dann durch das Verhalten von OPEC kräftig geschürt worden sind), dazu neigen, durch bilaterale Abkommen zu versuchen, eine ausreichende Rohstoffversorgung (wenn auch zu einem hohen Preis) sicherzustellen. Hätten sie Erfolg, so sähe sich die Weltwirtschaft Desintegrationstendenzen ausgesetzt. Die Krise würde sich noch weiter zuspitzen, wenn Verbraucherländer auf Kollisionskurs gehen würden, zwar mit ökonomischen (statt militärischen) Mitteln, aber dennoch schmerzhaft, weil dies letzten Endes die in drei Jahrzehnten gemachten bemerkenswerten Fortschritte zur Verwirklichung einer liberalen Welthandelsordnung (von denen auch Entwicklungsländer profitiert haben) zunichte macht, den Industrie- und Entwicklungsländern Realeinkommenseinbußen abverlangt und ganz allgemein zu gefährlichen politischen Spannungen in der Welt führt.

10. Die sich hier abzeichnenden Krisentendenzen lassen sich durch Konfrontation kaum überwinden. Dies würde nur denen, die am längeren Hebel sitzen, nützen, wenn auch nur vorübergehend. Der Interessenausgleich sollte deshalb durch internationale Zusammenarbeit gesucht werden. Bei rohstoffreichen Entwicklungsländern bedarf es der Einsicht, daß das marktwirtschaftliche System im allgemeinen und die Wirtschaft der zahlreichen rohstoffarmen Entwicklungsländer

im besonderen durch Preiserhöhungen und abrupte Änderungen der Kostenstrukturen nicht unendlich belastbar sind. Die Verbraucherländer werden davon ausgehen müssen, daß bei den meisten Rohstoffen die Preise in den kommenden Jahren nach oben tendieren werden (für die Nichtölrohstoffe rechnet die Weltbank mit einer durchschnittlichen Preissteigerungsrate von nominal 8 vH per annum bis 1980), gleichsam als Folge der allgemeinen Bedarfsentwicklung, der steigenden Kosten für den Umweltschutz und der Tatsache, daß künftig mehr als bisher auf weniger ertragreiche und teurere Landreserven und Erzvorkommen zurückgegriffen werden muß. Produktions- und Verbraucherländer müssen bei der Gestaltung ihrer wirtschaftlichen Beziehungen neue Wege gehen. Pragmatische Ansatzpunkte für die Interessenharmonisierung erblicke ich in der Bildung von Preisfluktuationen dämpfenden Buffer-Stocks, der Vereinbarung eines Systems von Verhaltensregeln zur Sicherung des undiskriminierten Zugangs zu Rohstoffmärkten, in Regelungen zur Verbesserung des allgemeinen Investitionsklimas im Rohstoffbereich und in einem weiteren Abbau der in Industrieländern noch gegenüber Exporten aus Entwicklungsländern bestehenden Handelsschranken (auch und gerade bei rohstoffintensiven Produkten). Skeptiker mögen diese Strategie für zu ambitiös halten. Sie beschreibt aber, wie ich meine, genau das, was der neuen weltwirtschaftlichen Konstellation adäquat ist.

Norbert Walter

Ungleichgewichte in den Zahlungsbilanzen und Funktionsstörungen am internationalen Kapitalmarkt

1. Die kritische Entwicklung der Weltwirtschaft zeigt sich nicht nur in den extrem hohen Inflationsraten und den massiv steigenden Arbeitslosenzahlen, sie schlägt sich auch in abnehmenden, ja teilweise negativen Zuwachsraten des Sozialprodukts, den sich verschärfenden Zahlungsbilanzproblemen und in bislang nicht gekannten Disproportionalitäten an den internationalen Finanzmärkten nieder.

2. Bei einem so komplexen Krankheitsbild neigen die Ärzte dazu, ein Antibiotikum mit breitem Wirkungsspektrum, eine kräftige Geldspritze nämlich, zu verabreichen. Freilich würde über diesen Heilungsversuch in nicht allzu ferner Zukunft wahrscheinlich so geurteilt werden wie bei Faust über die ärztliche Kunst:

   So haben wir mit höllischen Latwergen
   In diesen Thälern, diesen Bergen
   Weit schlimmer als die Pest getobt.

   Eine andere Therapie - kürzlich von Machlup empfohlen - heißt: Ausschwitzen der Krankheiten. Ob freilich bei dieser Radikalkur nicht allzu viele der bislang im keynesianischen Vollbeschäftigungstreibhaus lebenden Wirtschaftssubjekte an Herzinsuffizienz zugrunde gehen, ist wohl zu bedenken.

3. Meine Aufgabe ist es, von den genannten Problemen vor allem die Leistungsbilanzungleichgewichte und die Finanzierungsschwierigkeiten zu analysieren:

   Die Leistungsbilanzungleichgewichte akzentuierten sich 1974 vor allem wegen der Ölpreiserhöhung. Die Ölrechnung wurde für die Ölverbraucherländer um rd. 70 Mrd. $ höher. Die Ölexportländer kauften für reichlich 15 Mrd. $ mehr ein. Das Ungleichgewicht der Handelsbilanzen zwischen Ölverbrauchern und Ölexporteuren erhöhte sich somit um mehr als 50 Mrd. $.

4. Grundsätzlich gibt es eine Reihe von Möglichkeiten, das Öldefizit auszugleichen:

   - den Abbau von Devisenreserven,
   - die Aufnahme von Auslandskrediten,
   - den Verkauf von Sachvermögen bzw. Vermögensrechten,
   - die Zurückdrängung der internen Absorption durch Abwertung und/oder Restriktionspolitik,
   - die Inanspruchnahme neuer internationaler Liquidität.

5. Im Jahre 1974 wurde in keinem Industrieland die erhöhte Ölrechnung mit Devisenreserven bezahlt. Selbst die besonders defizitären Länder haben ihre Reserven gehalten, ja sie haben sie im Gegenteil - zum Zwecke des window dressing - in letzter Zeit eher noch erhöht.

6. Die Öldefizite wurden zum größten Teil durch die Aufnahme von Auslandskrediten finanziert, drei Viertel davon über die Märkte, ein Viertel über internationale Institutionen und bilaterale Hilfen. Der Euromarkt trug dabei die Hauptlast, der amerikanische und britische Finanzmarkt je etwas kleinere Anteile. Im Jahresverlauf verlagerte sich der Schwerpunkt weg von der Marktfinanzierung hin zu bilateraler und internationaler Währungshilfe.

7. Mit dem Verkauf von Sachvermögen bezahlten die Defizitländer bislang nur einen verschwindend kleinen Anteil der erhöhten Ölrechnung. Es ist angesichts hoher Informationskosten für die neureichen Länder verständlich, daß Beteiligungen und der Kauf von Sachvermögen in Industrieländern nur langsam in Gang kommen. Ebenso verständlich ist, daß diese Länder zu vermeiden suchen, schlechte Risiken zu erwerben. Somit fließt jenen Ländern Kapital zu, die es nicht benötigen. Wollen Defizitländer dieses Kapital attrahieren, müssen sie wettbewerbsfähig werden.

8. Um wettbewerbsfähig zu werden, ist es notwendig, daß die Defizitländer ihre interne Absorption durch Abwertung und/oder Restriktionspolitik zurückdrängen. Wenn freilich gleichzeitig Länder wie die Bundesrepublik Deutschland, die Vereinigten Staaten oder auch Japan eine noch entschiedenere Restriktionspolitik betreiben und eine Aufwertung ihrer Währung verhindern, die über die Kompensation der Unterschiede in den Preissteigerungsraten hinausgeht, so kann das Bemühen der besonders gefährdeten Defizitländer über die Zurückdrängung der internen Absorption nicht zum Ausgleich der Leistungsbilanzen führen, sondern nur zu einer Rezession in diesen Ländern.

9. Daß diese Aussage keineswegs allein theoretischen Charakter hat, ist durch die Entwicklung im Jahre 1974 belegt. Nicht die Fußkranken der Welt haben ihre Handelsbilanzen (ohne Erdöl) aktiviert, sondern die potenten Wirtschaftsmächte, die Vereinigten Staaten, die Bundesrepublik Deutschland und Japan. Die drei Wirtschaftsriesen zusammengenommen haben ihren Handelsbilanzüberschuß (ohne Öl) von rd. 30 Mrd. $ im Jahre 1973 auf über 65 Mrd. $ im Jahre 1974 ausgeweitet. Da dieser Mehrexport nur zu einem kleinen Teil in die Ölexportländer ging, haben sich bei den schwächeren Wirtschaftsnationen Öldefizite und sonstige Handelsbilanzdefizite kumuliert.

10. Um neben diesen Nicht-Ölbilanzen auch eine Vorstellung über die Entwicklung der Gesamthandelsbilanz zu bekommen, seien einige Zahlen genannt:

Salden der Handelsbilanz (Mrd. $)[a]

Länder	1970	1971	1972	1973	1974
Vereinigte Staaten	2,2	-2,7	-7,0	0,7	- 3,0
Bundesrepublik Deutschland	4,0	4,6	6,1	11,8	20,0
Japan	4,0	7,8	9,0	3,7	1,7
Frankreich	0,3	1,1	1,3	1,2	- 3,5
Italien	-0,4	0,1	0	-4,0	-10,5
Großbritannien	0	0,7	1,7	-5,9	-12,0
Dänemark	-0,8	-0,7	-0,4	-1,1	- 2,0

[a]Exportwerte fob; Importwerte fob, nur für die Bundesrepublik cif.

In dieser Zusammenstellung wird deutlich, daß einerseits die Zahlungsbilanzprobleme eine neue Dimension erhalten haben und andererseits, daß sie sich auf einige Länder konzentrieren. Zu erwähnen ist, daß die hier nicht ausgewiesenen Entwicklungsländer, soweit sie rohstoffarm sind, in noch stärkerer Weise als die europäischen Fußkranken betroffen sind.

11. Läge nur das Problem "normaler" Zahlungsbilanzungleichgewichte zwischen Industrieländern vor, so wäre die wirtschaftspolitische Therapie relativ einfach:

    - Defizitländer müßten abwerten, Überschußländer aufwerten und/oder
    - Defizitländer müßten interne Restriktion, Überschußländer Expansion betreiben.

    Um die transitorischen Finanzierungsprobleme zu lösen, müßte der internationale Kapitalmarkt wieder funktionsfähig gemacht werden. Dies wäre angesichts der beschriebenen Politik jedoch kaum problematisch.

12. Die Beseitigung der Zahlungsbilanzprobleme und der Schwierigkeiten an den Kapitalmärkten wird jedoch durch die gleichzeitig erforderliche Bekämpfung der Inflation und die Bekämpfung der steigenden Arbeitslosigkeit erheblich kompliziert. Dies vor allem deshalb, weil aufgrund der starken Veränderung der relativen Preise zusätzlich ein erheblicher Strukturwandel erfolgen muß.

13. Zwei Folgerungen sind aus dieser vertrackten Dilemmasituation zu ziehen:

    - Man sollte die einzelnen wirtschaftspolitischen Ziele wegen der sonst unvermeidlichen negativen Nebenwirkungen auf die anderen Ziele nur auf mittlere Frist zu erreichen suchen.
    - Man sollte nicht ein Mittel allein als Allheilmittel verwenden, sondern mehrere Instrumente zugleich einsetzen, und zwar jedes einzelne dort, wo seine komparativen Vorteile liegen.

14. Daß diese beiden Leitlinien im Jahre 1974 nicht beachtet wurden, hat entscheidend zur Verschlechterung der gesamtwirtschaftlichen Lage beigetragen. In nahezu allen Ländern hat man auf den Spätindikator "Preise" mit verschärfter Restriktion reagiert. Der erwartete Erfolg - sinkende Preissteigerungsraten - steht in den meisten Ländern noch aus, die unerwünschte Nebenwirkung - die Rezession - ist nahezu überall schon da. Jetzt mobilisiert der Spätindikator "Arbeitslosigkeit" die Wirtschaftspolitiker wieder, das Ruder herumzuwerfen, um die Beschäftigung zu sichern. Daß dies, falls es geschieht, das Jahresergebnis 1975 noch entscheidend beeinflußt, ist indes unwahrscheinlich.

15. Betrachtet man die Entwicklung des monetären Rahmens im Jahre 1974, der entscheidend dafür sein dürfte, was im Jahre 1975 an mone-

tärer Nachfrage entfaltet wird, und macht man zusätzlich die kühn erscheinende Annahme, daß die Preissteigerungen 1975 um 25 vH niedriger sein werden als 1974, so ist für die westlichen Industrieländer insgesamt nicht zu sehen, wie man selbst ein Nullwachstum erreichen könnte. Daß die Neureichen der Welt mit ihrer Nachfrage die fehlende interne Nachfrage der Industrienationen ersetzen, ist angesichts ihrer doch relativ geringen Bedeutung - etwa 5 vH des gesamten Weltimports - nicht zu erwarten. Für einige Länder, allen voran die Bundesrepublik, ist eine weniger pessimistische Einschätzung angebracht, da hier einerseits die Geldpolitik schon seit Jahresbeginn 1974 eine ansteigende Geldvermehrung zuließ (M_1 hat Ende November um reichlich 11 vH im Vorjahrsvergleich zugenommen, nach etwa Null vH zu Jahresbeginn) und die Bundesrepublik ein "krisenfestes" Exportsortiment zu besitzen scheint.

16. In kaum einem Land erwartet man gegenwärtig, daß in den nächsten Jahren wieder jene Wachstumsraten erreicht werden könnten, die in den letzten 25 Jahren erzielt wurden. Die insgesamt gedämpften Erwartungen unterscheiden sich jedoch, was den Konjunkturverlauf in den Jahren 1975 und 1976 anlangt, von Land zu Land. Während in der Bundesrepublik Deutschland und in Japan angenommen wird, daß die wirtschaftliche Erholung noch im Jahre 1975 erfolgt, erscheint dies für die Vereinigten Staaten, eine Reihe westeuropäischer Länder, besonders aber für Italien und Großbritannien eher erst für das Jahr 1976 erwartet zu werden. Dies dürfte deshalb der Fall sein, weil angesichts der bislang meist noch verfolgten Restriktionspolitik und der auch jetzt nur zögernd ins Auge gefaßten Lockerung damit zu rechnen ist, daß im Jahre 1975 die Hauptwirkungen der Restriktionspolitik des Jahres 1974 die schon einsetzenden Wirkungen der expansiven Maßnahmen noch überkompensieren. Dabei wird, das muß betont werden, die nur mäßige Lockerung nicht bedauert, sondern eher als Bestandteil einer nützlichen Stabilisierungsstrategie angesehen.

17. Soll im Rahmen dieser moderierten internationalen Stabilisierungsstrategie der Ausgleich der Zahlungsbilanzungleichgewichte nicht zusätzlich zu abrupten und damit kaum zu bewältigenden Strukturveränderungen führen, so ist eine vorübergehende internationale Kredithilfe erforderlich. Überschußländer, die ihren Exportsektor nicht ruckartig abbauen wollen, müssen Kredite an jene Defizitländer gewähren, die ihrerseits mehr Preisniveaustabilität heute erkaufen wollen, indem sie Zinslasten für die Zukunft auf sich nehmen. Diese Kreditgewährung wird freilich nur dann sinnvoll, weil nicht zur Einbahnstraße, wenn

gleichzeitig zur Auflage gemacht wird, die Wettbewerbsfähigkeit der Defizitländer zu verbessern. Eine solche Auflage könnte beispielsweise in der Verpflichtung zur Einhaltung einer Geldmengenregel bestehen.

18. Die internationalen Finanzmärkte haben im Jahre 1974 angesichts der neuen Dimension ihrer Aufgabe überraschend viel geleistet. Sie haben sich jedoch in einer Weise entwickelt, die zu Sorge Anlaß geben muß: Die Fristigkeit der Anlagen verminderte sich zunehmend. Diese Entwicklung ist nur sehr mangelhaft durch Zahlen belegbar, denn geeignete Statistiken existieren kaum. Dennoch ist die Tatsache, daß das Eurodollarvolumen, d.h. das Volumen des internationalen Geldgroßhandels, binnen zehn Monaten um 50 vH zunahm, aber die Emission am Eurobondmarkt, dem internationalen Kapitalmarkt, 1974 gegenüber 1973 auf weniger als die Hälfte zurückging, bereits ein deutliches Zeichen für die Verkürzung der Fristen. Innerhalb beider Märkte ergab sich jedoch zusätzlich eine Verkürzung der Anlagefristen. Bei den Krediten wurden die Laufzeiten von 10 bis 15 Jahren, die noch vor Jahresfrist üblich waren, auf 5 bis 7 Jahre herabgesetzt. Bei den Eurogeldmärkten ergab sich eine Tendenz zur Fristenverkürzung besonders auf der Einlagenseite. Betrachtet man die Nettoposition in den Bilanzen der am Euromarkt tätigen Banken, so zeigen sich von September 1973 bis zum August 1974 (neuere Daten liegen nicht vor) ständig steigende Defizite bei der kurzen Frist (höhere kurzfristige Einlagen als Ausleihungen) und ständig steigende Überschüsse bei der langen Frist. Diese Tendenz gilt insbesondere für die amerikanischen Eurobanken in London.

    Jedoch nicht nur eine Reaktion bei den Fristen kennzeichnete die Entwicklung am internationalen Kapitalmarkt, sondern auch eine Veränderung bei der Verzinsung bzw. der Denomination der Anleihen. Neben dem Dollar, der führende Emissionswährung blieb, jedoch praktisch ausschließlich bei Anleihen mit variablem Zins, gewannen synthetische Währungen zunehmend an Bedeutung (Eurco, europäische Recheneinheit und neuerdings ACRU = Arab Currencies Related Units). Erst in letzter Zeit wird die D-Mark und der Schweizer Franken angesichts der Aufwertungserwartungen wieder zunehmend als Anleihewährung verwendet.

19. Den internationalen Kapitalmärkten wird die Funktionsfähigkeit kaum dadurch zurückgegeben, daß die Kapitalzuflußländer den Kapitalimport und die Defizitländer den Kapitalexport Kapitalverkehrskontrollen

unterwerfen. Dieses Rezept, so sollte man meinen, hat schon zur Genüge zu Mißerfolgen geführt. Statt den Versuch zu machen, die potentiellen Kapitalgeber zur Währungshilfe zu erpressen, sollte man versuchen, sie zur adäquaten, sprich langfristigen Kapitalanlage zu bestechen. Zwei Mittel zur Bestechung stehen zur Verfügung:

- ein höherer Ertrag der Anlage,
- eine höhere Sicherheit der Anlage.

Damit ist auch schon skizziert, was zu tun ist, um die Defizitfinanzierung zu erleichtern:

- Defizitländer müssen eine relativ hohe Verzinsung der Kredite bieten und/oder
- eine höhere Sicherheit der Erträge durch Ausschaltung des Wechselkurs- und Inflationsrisikos, d.h. durch Kaufkraftsicherung der Anleihe und der Anleiheerträge
  und/oder
- eine höhere Sicherheit gegen das Ausfallrisiko in Form einer Bürgschaftsübernahme durch wirtschaftlich potente Länder oder Ländergruppen.

Herbert Giersch

Schlußbemerkungen

1. Stehen wir vor oder gar schon in einer Krise der Weltwirtschaft? Die Antwort hängt davon ab, was man unter Krise verstehen will!

2. Ziemlich wahrscheinlich ist die Hypothese, daß das Sozialprodukt in der westlichen Welt 1975 kaum höher sein wird, als es 1974 war, ein Jahr, das ebenfalls kaum mehr als ein Nullwachstum gebracht hat. Zwei Jahre Stagnation der Produktion bei wachsender Produktionskapazität und wachsendem Arbeitskräftepotential heißt

   - sinkende Kapazitätsauslastung und
   - zunehmende Arbeitslosigkeit.

   Dies gilt natürlich nicht für jedes einzelne Land, sondern für die Gesamtheit der Länder der westlichen Welt im Durchschnitt.

3. Gespalten war und bleibt die Weltkonjunktur insofern, als

   - Frankreich nach wie vor eine hohe Kapazitätsauslastung verzeichnet und einige Länder, zu denen auch die Bundesrepublik gehört, gute Chancen haben, sich im Laufe des kommenden Jahres konjunkturell zu erholen,

   - aber die Vereinigten Staaten wohl noch tiefer als bisher in die Rezession geraten werden. Dies gilt unter der Annahme, daß die Wirtschaftspolitik so bleibt, wie sie bis jetzt angelegt war, aber es besteht wohl kein Zweifel, daß die Regierung der Vereinigten Staaten bald dazu übergehen wird, die Konjunktur zu stützen.

4. Es handelt sich um eine Krise der Weltwirtschaft, wenn man darunter eine Herausforderung an die Wirtschaftspolitik versteht, vor allem an die Wirtschaftspolitik jenes Landes, das bisher eine Führungsrolle in der Weltwirtschaft eingenommen hat.

   Was not tut, ist eine Expansion der realen Nachfrage, der mengenmäßigen Nachfrage. Das heißt zwar: mehr monetäre Nachfrage, also mehr Geld und mehr Geldausgaben. Es heißt aber auch und vor allem: mehr
=> Geldausgaben bei möglichst geringem Anstieg der Lohnkosten. Die Lohnpolitik hat damit die Schlüsselrolle der weiteren weltwirtschaftlichen Entwicklung.

5. Die Mengenkonjunktur, die wir brauchen, wird in ihrer Stärke und in ihrer Dauer weitgehend davon abhängen, ob die Tarifpartner sich dessen bewußt sind, daß sie es sind, von deren Verhalten die Höhe der Beschäftigung und der Kapazitätsauslastung abhängt. Über die Zunahme der Zahl der Beschäftigten und die Sicherheit der Arbeitsplätze wird nirgendwo anders entschieden als am Tisch der Tarifverhandlungen. Dies gilt vor allem für die Bundesrepublik, nachdem sich die Bundesbank dazu durchgerungen hat, für 1975 ein klares geldpolitisches Orientierungsdatum zu setzen. Es wäre wünschenswert, wenn andere Zentralbanken in gleicher Weise Mut zeigten. Dann würde man auch im Ausland wissen oder lernen, daß das Beschäftigungsproblem an der Preis- und Lohnfront gelöst werden muß, nachdem das Rezept einer Vollbeschäftigung durch Inflation nach jahrzehntelanger Anwendung viel von der Wirkungschance, die es früher einmal besaß, verloren hat.

6. Gäbe es nicht die Inflation und die Inflationsgewöhnung, so könnten die alten Denkschablonen nach wie vor brauchbar sein. Aber wenn die OECD für die westliche Welt mit einer Inflationsrate von 12 vH rechnet - und dies trotz zunehmender Arbeitslosigkeit -, so signalisiert dies eine Krise der Wirtschaftspolitik, die nur durch ein grundsätzliches Umdenken überwunden werden kann. Dieses Umdenken hat in der Bundesrepublik deutlicher als anderswo begonnen, aber bei uns ist das Denken auch niemals so stark in die falsche Richtung gegangen, wie es anderswo der Fall gewesen ist.

7. Eine Schwierigkeit liegt auch darin, daß das Beschäftigungsvolumen durch den Reallohn bestimmt ist, genauer durch das Verhältnis von Reallohn und Produktivität, aber die Tarifpartner nicht über Reallöhne verhandeln, sondern über Nominallöhne. Lohnpolitische Zurückhaltung muß deshalb oft durch Preiskontrollen erkauft werden, die den Marktmechanismus zerstören. Ein nachträglicher Inflationsausgleich, der denselben Zweck wie Preiskontrollen erfüllen würde, aber völlig marktkonform wäre, ist leider in der wirtschaftspolitischen Diskussion unter kräftiger Mitwirkung mancher Regierungen tabuisiert worden. So ist der Ausweg aus der Sackgasse versperrt.

8. Ähnlich liegen die Verhältnisse am internationalen Kapitalmarkt. Das Problem der Zahlungsbilanzungleichgewichte wäre lösbar,

   - wenn es Anleihetypen gäbe, die inflationsgeschützt sind und infolgedessen langfristige Anleihen sein könnten, und

- wenn die Defizitländer den Überschußländern Rückzahlungsgarantien geben könnten in dem Sinne, daß sie eines Tages Regierungsanleihen durch private Kapitalimporte ablösen.

Das zweite Erfordernis läßt sich aber nur erfüllen, wenn die Defizitländer das Verhältnis von Reallohn und Produktivität zugunsten einer angemessenen Rentabilität der Investitionen verbessern. Die Aussichten dafür, daß die Defizitländer eine wachstumsfreundliche Politik betreiben, sind jedoch schlecht; leiden sie doch vornehmlich darunter, daß die Forderung nach Egalität ohne Rücksicht auf Stabilität und Wachstum verfolgt wird. Insofern enthüllt die Ölkrise in den Defizitländern nur eine Gesellschaftskrise fundamentaler Art, eine Krise des Kapitalismus, wenn Sie so wollen.

9. Die Unterauslastung der Kapazitäten und die Arbeitslosigkeit werden protektionistischen Kräften neuen Auftrieb geben - in den Vereinigten Staaten, aber auch bei uns in Europa. Hinzu kommen Autarkietendenzen aus Gründen der Rohstoffsicherung. Ebenso steht es um die Tendenzen zu einer weltwirtschaftsfreundlichen Politik in den Entwicklungsländern schlecht. Das Kreuzfeuer, in das die multinationalen Unternehmen bei uns und anderswo geraten sind, ist ebenfalls ein Zeichen dafür, wie stark die desintegrierenden Kräfte im Bereich der Gesellschaftspolitik sind.

10. Wir haben es deshalb nicht nur mit einer Konjunktur- und Strukturkrise der Weltwirtschaft und einer Konstitutionskrise des internationalen Kapitalmarktes zu tun, sondern auch mit einer Krise der Idee von der einen und freien Weltwirtschaft. Aber eine Krise ist nur eine Herausforderung, eine gute Chance, die Überlebensfähigkeit der marktwirtschaftlichen Weltwirtschaft zu demonstieren.